

Wie der Westen seit 130 Jahren eine ganze Region destabilisiert

Pulverfaß Balkan

Der Russisch-türkische Krieg (1877 bis 1878) endete mit einer schweren militärischen Niederlage des Osmanischen Reiches. Anfang Januar 1878 standen die russischen Truppen am Marmarameer, nur einige Tagesmärsche von Konstantinopel (Istanbul) entfernt. Die jahrelang ungelöste „Orientalische Frage“, die grausame Niederwerfung des bulgarischen Aprilaufstandes (1876) und der Serbisch-türkische Krieg (1876) hatten den militärischen Konflikt geradezu herausfordert. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von San Stefano am 3. März 1878 endete er formell. Es schien, als sei auch sein Ziel erreicht worden: die Befreiung der christlichen Balkanvölker von der jahrhundertelangen osmanischen Herrschaft, die Öffnung des freien Zugangs zu den Balkanstaaten aus dem Orient nach Europa.

Mit dem Vertrag erhielten Montenegro, Serbien und Rumänien ihre Unabhängigkeit, der bulgarische Staat wurde in seinen historischen und ethnischen Grenzen wieder konstituiert, Bosnien und Herzegowina sollten eine eigenständige Verwaltung bekommen.

Der Krieg war vorbei, die „Orientalische Frage“ gelöst. Die Lasten trugen Rußland und seine Verbündeten – Rumänien, Serbien und Montenegro. Die Toten waren beerdigt – allein Rußland verlor in diesem Krieg 200 000 Soldaten. Es war an der Zeit, daß sich die Westmächte, die bis jetzt die Rolle des Beobachters gespielt hatten, auch auf dem Balkan zeigten. Und das taten sie mit großem Eifer. Das Schicksal der Balkanvölker geriet völlig in den Hintergrund. Es ging nur um Einflußsphären, Territorialgewinn, Kapitalinteressen. Alles unter dem Motto: „Keine Vormachtstellung Rußlands auf dem Balkan“.

„Ehrlicher Makler“ Bismarck

Das Spiel konnte beginnen. Geheime Diplomatie, geheime Protokolle, verdeckte Konventionen. Es wurde sogar mit dem Sultan hinter dem Rücken der Russen verhandelt. Die Kungelei erreichte ihren Höhepunkt, als Österreich-Ungarn einen diplomatischen Kongreß zur Lösung der schon gelösten Orientfrage unter deutscher Vermittlung vorschlug.

Diese war angesagt, da Deutschland als einzige westliche Macht keine eigenen Interessen auf dem Balkan verfolgte. Reichskanzler Otto von Bismarck bot sich als „ehrlicher Makler“ an, den Kongreß zu leiten. Rußland, geschwächt durch den opferreichen Krieg, sah sich genötigt, dem Vorschlag zuzustimmen.

Der Kongreß in Berlin dauerte einen Monat. Am 13. Juli 1878 wurde der Berliner Vertrag von Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich-Ungarn, dem Osmanischen Reich und erzwungenermaßen auch von Rußland unterschrieben.

Rußland ging leer aus

Seine Ergebnisse stellten eine diplomatische Niederlage für Rußland dar, weil es seine Vorstellungen für Südosteuropa nicht hatte durchsetzen können. „Der Frieden von San Stefano wurde ein Fetzen Papier“. Das Empire triumphierte. Rußland, der eigentliche Akteur, mußte zusehen, wie die Beobachter die neuen Grenzen auf dem Balkan zogen.

Nach dem Kongreß bekamen Montenegro, Serbien und Rumänien ihre Unabhängigkeit. Montenegro wurde sogar um mehr als ein Drittel vergrößert. Rumänien erhielt die Dobrudscha mit dem wichtigen Schwarzmeerhafen Constanza. Serbien bekam Nisch, Vranja und Pirot, Österreich-Ungarn wurden die Besatzungsrechte in Bosnien und Herzegowina und im Sandshak von Novi Pazar (der heute serbischen Provinz Kosovo) eingeräumt, Großbritannien die Besatzungsrechte in Zypern. Wenig später (1881) besetzte Frankreich Tunis, trotz der Proteste des Sultans, 1882 tat London dasselbe mit Ägypten.

Bulgarien verlor zwei Drittel seines Territoriums und erlangte dabei nicht einmal die volle Souveränität. Der Staat, ein tributpflichtiges autonomes Fürstentum, wurde auf das Gebiet zwischen Donau und Balkangebirge mit dem Becken von Sofia beschränkt. Die Gebiete um Vranja und Pirot wurden Serbien zugesprochen. Südbulgarien blieb als Provinz Ostrumelien mit Autonomiestatus weiterhin Bestandteil des Osmanischen Reiches. Die bulgarischen Landesteile Mazedonien und Südthrakien (was für eine hirnlose Entscheidung!) wurden dem Osmanischen Reich einfach zurückgegeben. Das bescherte dem bulgarischen Volk in diesen Gebieten noch 35 Jahre türkische Herrschaft.

Daß Rußland mit der Befreiung der Balkanvölker auch seine eigenen Interessen verfolgte, ist unbestreitbar. Genauso unumstritten ist aber auch, daß die Aufteilung des Balkans durch die Westmächte nur aus machtpolitischem Kalkül vorgenommen wurde. Dadurch wurden weder die Wünsche noch die Hoffnungen der Balkanvölker erfüllt. Mit den wichtigsten Vertragsbestimmungen wurde keine Stabilität erreicht, sondern nur Mißtrauen, Neid und Haß auf dem Balkan gesät.

Theaterdonner und Geheimes

Der deutsche Historiker Prof. Edgar Hösch schrieb dazu: „Die nachfolgende Friedensregelung ist als eine Routineangelegenheit des europäischen Krisenmanagements mit Theaterdonner und Geheimabsprachen hinter den Kulissen in Berlin abgewickelt worden. Die wesentlichen Vertragsbestimmungen sind unter Ausschluß der betroffenen Völker formuliert worden. Der britische Premier Disraeli mochte sich auf dem Berliner Kongreß als der eigentliche diplomatische Sieger über den russischen Rivalen fühlen – eine dauerhafte Lösung des Balkanproblems wurde freilich nicht gefunden. Als Kompromiß konnten die Beschlüsse des Kongresses auf keine einhellige Zustimmung stoßen. Sie haben im Gegenteil wesentlich zu kommenden neuen Verwicklungen beigetragen.“

Mit anderen Worten, das Übel auf dem Balkan haben die Westmächte selbst eingerichtet. Mit der Unterzeichnung des Berliner Vertrages haben sie dort das Pulverfaß eingegraben. Es war nur eine Frage der Zeit, wann die Lunte angezündet wurde.

Die folgenden Ereignisse auf dem Balkan in chronologischer Reihenfolge:

- 3. Oktober 1878 – als erste Reaktion auf die Beschlüsse des Berliner Kongresses
- Aufstand der bulgarischen Bevölkerung gegen die Türken (Kressna-Razlog-Aufstand) in Mazedonien. Mitte November von der türkischen Armee blutig niedergeschlagen. 25000 Mann auf der Flucht nach Bulgarien.
- 18. September 1885 – Vereinigung des Fürstentums Bulgarien mit Ostrumelien.
- 2. November 1885 – Serbien überfällt Bulgarien wegen „Zerstörung des Gleichgewichts auf dem Balkan“. Serbien verliert den Krieg.
- 1903 – Zweiter bulgarischer Aufstand gegen die Türken in Mazedonien, in Südthrakien, sowie im Wilayet von Solun (Thessaloniki). Eine 300 000 Mann starke türkische Armee schlägt ihn grausam nieder. 201 bulgarische Dörfer werden abgefackelt, 4694 Personen erschossen, erstochen, lebendig verbrannt, Man zählt 70835 Obdachlose, 30000 Menschen befinden sich auf der Flucht nach Bulgarien.
- 26. September 1912 – Erster Balkankrieg – die Armeen des Balkanbundes (Bulgarien,

Griechenland, Serbien und Montenegro) zerbrechen in kurzer Zeit die türkische Herrschaft auf der Balkanhalbinsel.

- 30. Mai 1913 – Friedensvertrag von London. Auf dem Balkan werden neue Grenzen gezogen.

- 16. Juni 1913 – Zweiter Balkankrieg. Bulgarien ist der Verlierer.

- 16. September 1913 – Friedensvertrag von Bukarest. Es gibt wieder neue Grenzen auf dem Balkan. Abermals setzen sich Flüchtlingsströme in Bewegung.

- 14. Juni 1914 – Der österreichische Thronfolger wird in Sarajevo erschossen. Auslösung des Ersten Weltkrieges.

Neuaufteilung der Region

Genau 130 Jahre nach dem Berliner Kongreß bereiten die Westmächte eine neue Aufteilung des Balkans vor. Diesmal unter dem Mantel der EU, unter dem sich auch die USA zu verstecken suchen. Interessanterweise wieder gegen die Position Rußlands. Es handelt sich zwar nur um einen Staat – Serbien. Aber die Folgen dieser Aufteilung können unvorhersehbare Auswirkungen für die ganze Region haben.

Die Frage lautet: Warum richteten die USA und die EU einen „unabhängigen“ Ministaat in der serbischen Provinz Kosovo ein?

Große Ereignisse haben immer eine Vorgeschichte. In diesem Fall begann sie in den 90er Jahren mit der Zerschlagung Jugoslawiens, die von den Westmächten und den USA befürwortet und vorangetrieben wurde. Sie endete mit der Bombardierung Restjugoslawiens. Dafür diente als Scheinvorwand der angeblich versuchte Genozid und die behauptete Vertreibung der einheimischen albanischen Bevölkerung Kosovos. Sie haben nie stattgefunden. Zwischendurch gab es Scheinverhandlungen mit vorprogrammiertem Ausgang zugunsten der kosovo-albanischen Separatisten bei anschließender NATO-Besetzung der Provinz. Dann folgte als „einzige Alternative zur Lösung des Problems“ die einseitige Ausrufung eines „unabhängigen Staates“ von Gnadens der EU und der USA.

Argumentiert wird damit, daß die albanischsprachige Bevölkerung 90 % der Einwohner der Provinz ausmacht. Für Kosovo trifft das zu. Warum gibt man aber nicht den Anteil der Albaner an der Gesamtbevölkerung Serbiens an? Dann sieht das Bild nämlich ganz anders aus. Nur 17 % sind albanischer Abkunft.

Kosovo soll Schule machen

Und überhaupt, was ist das für ein Argument? In Europa gibt es mindestens ein Dutzend Landstriche, Provinzen, autonome Gebiete, die eine ähnliche Prozentzahl an einheimischer Bevölkerung aufweisen: Wales, das Baskenland, Korsika, Republika Srpska, Abchasien, Süd-Ossetien, Berg-Karabach. Und was ist mit der Tür-

kischen Republik Nordzypern? Sollen sie alle unabhängige und anerkannte Staaten werden?

Also, das ist kein seriöses, sondern nur ein vorgeschobenes Argument.

Was dann? Vielleicht die wirtschaftliche Schwäche der Provinz, die sich von den Serben ausgebeutet und ausgeplündert sieht und deswegen nach Unabhängigkeit strebt? Und die EU als barmherziger Samariter – will sie den Leuten in Kosovo helfen?

Allgemein ist bekannt, daß Kosovo trotz der jahrzehntelangen jugoslawischen Sonderentwicklungshilfe eines der ärmsten Gebiete Europas ist. Ein Land ohne Rohstoffe, ohne nennenswerte Industrie. Ein Land mit 50 % Arbeitslosigkeit. Die Regierungen der EU-Staaten und der USA wissen ganz genau, daß Kosovo kein lebensfähiger unabhängiger Staat sein kann und sein wird. Das geben sie sogar indirekt zu: Die NATO müsse die Sicherheit gewährleisten, die EU die Verwaltung und die Polizei quasi übernehmen. Die Wirtschaftshilfe kommt aus Europa, und das alles bezahlt der europäische Steuerzahler. (Als ob er nicht schon zu viel für das UN-Protectorat Bosnien und Herzegowina beisteuern müßte).

Vielleicht will die EU nur das Versprechen eines ruhmlosen Mannes, der bis vor kurzem nicht wußte, wo der Balkan liegt, einlösen? Das ist zu theatralisch. Und der Mann namens Bush verläßt doch bald das Weiße Haus! Oder wollen die USA und die NATO die ganze Provinz als Supermilitärstützpunkt ausbauen und von hier aus Europa und den Nahen und Mittleren Osten überwachen und kontrollieren? Vielleicht auch Rußland?

Ein ganzes Land als Militärstützpunkt? Ein Science-fiction-Szenarium? Dieser Gedanke verdient zumindest Aufmerksamkeit.

Mysteriöses Camp Bondsteel

Nach der NATO-Besetzung Kosovos geschahen interessante Dinge. Im Juni 1999 wurde dort ein gewaltiger US-Militärstützpunkt – „Camp Bondsteel“ – errichtet. Im Zusammenhang damit drängen sich Fragen auf. Hat diese Basis etwas mit dem KFOR-Einsatz der USA zu tun, und ist das Militär- und Begleitpersonal auf dem Stützpunkt Teil des KFOR-Kontingents der Vereinigten Staaten? Höchstwahrscheinlich nicht, da dessen offizielle Stärke 1494 Mann beträgt. Ein „gewaltiger“ Stützpunkt allein braucht vielleicht die Hälfte dieser Personenzahl.

Die zweite und interessantere Frage ist die nach der Legitimität dieser Basis. Man behauptet, daß „Camp Bondsteel“ errichtet worden sei, „ohne irgend jemanden um Erlaubnis zu fragen“. Für den Bau eines solchen Stützpunktes auf fremdem Territorium braucht man aber die Zustimmung des jeweiligen Staates. Ein solcher Vorgang wird zumindest per Vertrag oder Vereinbarung dokumentiert. Existiert ein entsprechendes Geheimpapier USA – Jugoslawien? Wenn ja, dann ist

das ganze „Kosovo-Problem“ nur eine Farce. Die Vorstellung von der Existenz einer Geheimvereinbarung aber ist absurd. Um so mehr, als zum Zeitpunkt des Aufbaus dieses Camps Slobodan Milosevic noch Präsident Jugoslawiens war.

Es bleibt die andere Möglichkeit. Das Pentagon hat illegal auf fremdem Territorium ein Militärobjekt geschaffen. (Kosovo ist bis heute laut Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats eine serbische Provinz.) Das ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht. Oder haben die USA schon 1999 Kosovo als ihr eigenes Territorium betrachtet? Offenbar suchen sie jetzt die Legitimierung durch die Separatisten und deren „unabhängigen Staat“. Die Westmächte in der EU spielen mit.

Möglich ist auch, daß die Errichtung des Stützpunktes von vornherein mit den UCK-Banditen ausgehandelt wurde. Natürlich bei entsprechenden Gegenleistungen. Nicht umsonst haben die USA bei den Scheinverhandlungen in Rambouillet die Vertreter der separatistischen „Befreiungsarmee“ vorgeschoben und nicht etwa gemäßigttere Kräfte in Kosovo.

Interner Konflikt internationalisiert

Noch eine Tatsache kann man als Puzzelstein in dieses Bild einfügen. Als nach der inszenierten Vertreibung der Kosovo-Albaner einige Staaten Flüchtlinge aufzunehmen begannen, meldeten sich mit einiger Verspätung auch die USA. Die humanitäre Aktion wurde von der Präsidentsengattin angeführt. Und da beschwerten sich gewisse internationale Hilfsorganisationen, daß Washington statt alter, kranker oder behinderter Menschen nur junge und gesunde Leute aus Kosovo akzeptiere. Was ist aus ihnen geworden? Sind sie schon abgeschoben worden, oder befinden sie sich noch immer in einer Spezialausbildung? Vielleicht sind sie ja schon an Ort und Stelle mit besonderen Aufgaben im Einsatz?

Hören wir hier mit den Fragen auf. Es ist klar, daß ein innerer Konflikt internationalisiert wurde. Eine Scheinlösung mit geheimer Diplomatie und geheimen Vereinbarungen wie vor 130 Jahren ist nicht zu empfehlen. Der Balkan braucht keinen neuen „Berliner Kongreß“, der in der Form eines Europaratsbeschlusses präsentiert werden könnte. Die Serben und die Kosovo-Albaner müssen ihre Probleme im eigenen Land selbst lösen. Und – wie die Russen sagen – so lange miteinander verhandeln, bis ein Kompromiß gefunden worden ist. Aber ohne Druck und Einmischung von außen. Besonders die USA und die Mächtigen in der EU sollten sich da heraushalten. Sonst wird ein neues Pulverfaß auf dem Balkan hochgehen.

Vladimir Astardjiev

Unser in Berlin lebender bulgarischer Autor ist Diplomingenieur und Publizist.

Dresdner Schulmuseum fühlt sich der Wahrheit verpflichtet

Das Epos der Partisanenkinder

Heinz Löfflers Bild hängt im Dresdner Schulmuseum. Das gibt es seit März 2006. Es befindet sich in der Seminarstraße 11 zwischen Friedrichstädter Krankenhaus und dem Bahnhof Mitte. Früher war in dem Gebäude eine Grundschule, und der aus Friedrichstadt stammende Herbert Schön hat sie besucht, ehe er seine deutsche Fußballkarriere begann. Ab den 60er Jahren hieß sie 48. Oberschule, so wie alle Schulen in der DDR „Oberschule“ hießen. Inzwischen ist der Schulbetrieb eingestellt. Das Museum ist der einzige Nutzer, und es erobert sich Etage für Etage des vierstöckigen Gebäudes, erklärt Prof. Dr. Hartmut Voit von der TU Dresden. „Je nachdem, wie viele Exponate wir zur Verfügung haben.“ Er ist der Vorsitzende des 1998 gegründeten Vereins Schulmuseum Dresden e. V.

Löfflers Bild hängt im Eingangsbereich. Flankiert wird es von vier Bleistiftskizzen, die der Künstler zeichnete, ehe er die griechischen Lehrlinge aufs Bild bannte. Vier Studien, die bereits charakteristische Züge der jungen Leute enthalten. So arbeitet Heinz Löffler. Wenn Schulklassen ins Museum kommen, drückt man den Schülerinnen und Schülern oft Sitzkissen in die Hand. Sie setzen sich dann vor dem

Bild auf die Stufen der steinernen Treppe, und die erste Aktion heißt Bildbetrachtung.

Professor Voit ist es wohl ähnlich ergangen. Der Historiker aus der Oberpfalz lehrt Neue und Neueste Geschichte an der Philosophischen Fakultät der TU. Er wohnt in Winkwitz und fühlt sich längst an der Elbe heimisch. Das Bild sah er zum ersten Mal in einer zum 100jährigen Jubiläum der Weinböhlauer Schule erarbeiteten Ausstellung. Natürlich interessierte den Pädagogen die dargestellte Szene. Er sah darin ein Stück DDR-Schule: Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion, Ausbildung im Messen und Prüfen, Grundlage für jedes gute Handwerk. Andererseits fand er sofort, daß die Schüler nicht unbedingt hiesige sein mußten, so schwarzgelockt, wie sie gemalt waren. Er entdeckte an ihnen Züge, wie er sie wiederholt bei Urlaubsaufenthalten an den Sonnenstränden Griechenlands beobachtet hatte.

Joachim Rentzsch, der die Ausstellung in Weinböhlau gestaltet hatte, erklärte ihm, wie die jungen Griechen 1950 in die DDR gekommen seien. Es waren Kinder griechischer Partisanen, und sie empfingen wohl als erste die tätige Solidarität des neuge-

gründeten Staates. Der war zwar selbst nicht auf Rosen gebettet, aber um den Aufenthalt von Waisenkindern kommunistischer Kampfgefährten unbeschwert zu gestalten, um sie zu unterrichten und in einem Beruf auszubilden – dazu reichte es allemal. In Radebeul wurde ein Heim eingerichtet (das spätere Herder-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig, heute ein Seniorenheim). Man sorgte für gute Erzieher, Lehrer und Ausbilder. Am jetzigen Gymnasium Radebeul-Weintraube wurden sie unterrichtet. Rentzsch, gebürtiger Radebeuler, hat noch einzelne von ihnen kennengelernt. Ihre Berufsausbildung fand in Betrieben der Region statt, auch in der EWS, der Elektrowärme Sörnewitz. Dort traf der Maler Heinz Löffler seine Protagonisten. Er hatte damals einen Betriebsvertrag mit der EWS. Es war vereinbart, erinnert sich der 94-Jährige, zu einem gesellschaftlichen Thema ein Bild zu malen, das dann einen Raum im betrieblichen Sozialtrakt verschönern sollte. Die Ausbildung griechischer Lehrlinge war so ein Thema, und man einigte sich auf diesen Gegenstand. Löffler nahm an einigen Ausbildungsstunden teil, fertigte Studien an und malte sein Bild. Es fand Gefallen bei den Verantwortlichen, und so



„Griechische Lehrlinge“, Gemälde von Heinz Löffler, entstanden 1952 im Rahmen seines Betriebsvertrages mit dem VEB Elektrowärme Sörnewitz (EWS)



Vor der DDR-Karte und Womackas Gemälde „Am Strand“ im Dresdner Schulmuseum: Prof. Dr. Hartmut Voit, Heinz Löffler und Joachim Rentzsch. Foto: Klaus Harder

wurde es, nachdem die Leistung des Malers abgegolten war, Eigentum der EWS. Wo es seinen Platz fand, kann Heinz Löffler nicht mehr sagen. In den 80er Jahren, weiß Joachim Rentzsch, hing es im früheren Glaswerk. Er hat sich extra informiert: Das gehörte damals zur EWS, und die hatte darin ein Zentrum eingerichtet, in dem Schülerinnen und Schüler aus dem Raum Coswig-Weinböhla ihre polytechnische Ausbildung erfuhren – TZ, ESP und PA (Technisches Zeichnen, Einführung in die sozialistische Produktion und Produktionsarbeit). Als die Einrichtung im Frühjahr 1990 schloß, wurden die umliegenden Schulen aufgefordert, aus ihrem Bestand das abzuholen, was ihnen brauchbar erschien. Löfflers Bild fand kein Interesse, und Armin Mai, der Hausmeister der Weinböhlaer Schule, bewahrte es schließlich vor dem Container, mit dem Mitte des Jahres alles auf den Müll transportiert wurde, was niemand haben wollte. Bei ihm lagerte es, in eine Decke gehüllt, mehrere Jahre in einem trockenen Kellerraum.

Bis es Rentzsch für seine Jubiläumsausstellung nutzte. Der Deutsch- und Geschichtslehrer gestaltete nach seinem Ausscheiden aus dem Schuldienst daraus ein schmuckes kleines Museum. Das sei wirklich nötig, sagt er. Denn wer kann sich heute, im Zeitalter der Computer und Handys, noch vorstellen, wie Schule vor hundert Jahren stattfand? Oder zu DDR-Zeiten?

Die DDR-Schule wird doch im allgemeinen nur als dirigistischer Politzirkus Margot Honeckers verteufelt. Gewiß kann man leicht zahlreiche Entgleisungen in diesem Sinne aufzählen. Aber daß dort von Tausenden Lehrerinnen und Lehrern jahrzehntelang eine solide erzieherische Arbeit geleistet wurde, daß man dort fröh-

lich war und sang, spielte, wanderte und vor allem lernte und bei internationalen Vergleichen oft gar nicht schlecht aussah, das will heute kaum einer zur Kenntnis nehmen. „Doch“, sagt der Professor aus der Oberpfalz. Schulgeschichte sei Gesellschaftsgeschichte, so lautet die Prämisse des Schulhistorikers, folglich Geschichte der gesamten Gesellschaft und nicht auf die Zuspitzungen der internationalen Systemauseinandersetzung beschränkt. Da haben die Erfahrungen aller Menschen ihren Platz. Auch heute müsse man die Welt vor den vereinfachten Darstellungen gewisser Medien bewahren! Eben deswegen zeigt das Dresdner Schulmuseum neben dem Schulzimmer aus der Kaiserzeit, neben Medienraum und Geschichtswerkstatt auch ein DDR-Schulzimmer. Neben der Landkarte der DDR ist ein Schulfernrohr zu sehen, mit dem seinerzeit auch die kleinste Dorfschule ausgestattet war, dazu eine Vielzahl von Lehrbüchern von der

weiterhin betreut, hängt jetzt eine Kopie. Im April begeht die Schule ihr 110jähriges Jubiläum. Gewiß gerät die Feier nicht so groß wie vor zehn Jahren. Ein wichtiges Ereignis ist es allemal.

Löfflers Bild, das uns neben dem kleinen Ausschnitt aus dem DDR-Bildungssystem auch den Ausbildungseifer der griechischen Lehrlinge zeigt, entstand 1952. Der Maler vollendet am 27. September dieses Jahres sein 95. Lebensjahr. Eva-Maria Mütterleins Galerie in der Meißner Marktgasse 13 ist schon terminiert. Am Vorabend seines Geburtstages soll hier wieder eine attraktive Personalausstellung öffnen. Heinz Löffler geht jeden Tag ins Atelier. Er hat den Ehrgeiz, daß in Mütterleins Räumen auch diesmal eine Reihe neuer Werke zu sehen sein wird, die er im letzten Jahr fünf geschaffen hat. Einzelne hat er uns schon mal gezeigt. Man kann sich freuen.

Klaus Harder

Brief aus Thessaloniki

Ich war einer jener jungen Griechen, die ihre Lehre im VEB EWS in Sörnwitz absolvierten und erfolgreich beendeten. Obwohl ich auf dem 1952 von Löffler gemalten Bild nicht dargestellt bin, möchte ich trotzdem ein paar Worte dazu schreiben: Für uns Kinder aus Griechenland, die den Zweiten Weltkrieg und gleich danach den Bruderkrieg mit all seinen Schrecken erlebt haben, wurde die DDR eine zweite Heimat und nicht nur das. Die freundliche Aufnahme der Bürger, die Hilfe und Unterstützung, die wir vom Lehrpersonal bekamen, damit wir unsere Ausbildung erfolgreich abschließen und die Grundlagen für unser späteres Studium erhalten konnten, werden wir nie vergessen.

Ich habe die Mühe unserer Lehrer und Ausbilder, aus uns „richtige“ gebildete Menschen zu machen, immer im Gedächtnis behalten. Unsere Freunde aus der DDR in Dresden, Radebeul, Weinböhla, Sörnwitz und anderswo haben uns das Laufen ein zweites Mal gelehrt und zwar richtig. In Griechenland wußte man, daß die DDR ein hohes Bildungsniveau hat und gutes Ingenieurpersonal entwickelt. Auf diesem Wege möchte ich meinen Freunden aus Sachsen meinen Dank für die Hilfe und Unterstützung und für die erwiesene Gastfreundschaft aussprechen.

Tsakouridis Tassos

Fibel bis zu den Tabellenwerken für den Mathematik- und Physikunterricht, Rollbilder und andere Anschauungsmittel. Joachim Rentzsch hat manches beige-steuert und das Zimmer schließlich eingerichtet. Das meiste stammt aus Beständen inzwischen geschlossener Schulen. „Das ist manchmal sehr unangenehm“, sagt Prof. Voit. Hier ginge ein Stück Leben zu Ende. Kürzlich war er in Taubenheim. Die Kollegin dort hat fast geweint, als sie ihm ihre leergeräumte Schule zeigte.

Joachim Rentzsch hat Löfflers Bild auf Bitten von Prof. Voit ebenfalls nach Dresden gegeben. Hier können es mehr Menschen zur Kenntnis nehmen. In Weinböhla, wo er das kleine Schulmuseum